



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2010/08735**
Datum: 09.03.2010
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Herr Johannes Krause
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	09.03.2010	öffentlich
	13.04.2010	Vorberatung
	11.05.2010	
Hauptausschuss	17.03.2010	öffentlich
	24.04.2010	Vorberatung
	16.06.2010	
Stadtrat	24.03.2010	öffentlich
	28.04.2010	Entscheidung
	23.06.2010	

Betreff: Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der FDP-Fraktion Eingemeindung nach Halle (V/2010/08630)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat Halle fordert Landtag und Landesregierung auf, unabhängig von dem zum Jahresende 2010 geplanten Abschluss der Gemeindegebietsreform, eine sachgerechte Lösung der Stadt-Umland-Problematik herbeizuführen.

Neben notwendigen Eingemeindungen der am engsten mit der Stadt Halle verflochtenen Gemeinden bzw. Einheitsgemeinden schließt das eine verbindliche Abstimmung in Planungsfragen zwischen der Stadt und ihrem Umland ein.

gez. Johannes Krause
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Seit der ersten Wahlperiode des Landtags, in der der notwendige Handlungsbedarf zur Klärung der Stadt-Umland Problematik anerkannt wurde, harrt diese Aufgabe nach wie vor einer Lösung. In der laufenden Wahlperiode des Landtags wurden mit der Gemeindegebietsreform und dem Stadt-Umland-Zweckverband wichtige Entscheidungen getroffen, die das Verhältnis zwischen Halle und den angrenzenden Gemeinden beeinflussen. Während die Gemeindegebietsreform mit der Bildung von Einheitsgemeinden, die künftig an Halle angrenzen, zum Jahresende 2010 zum Abschluss gebracht wird, wird immer deutlicher, dass der Stadt-Umland-Verband quasi handlungsunfähig ist. Der Verband kann die an ihn gesetzte Erwartungen nicht erfüllen und wird sich nicht so qualifizieren lassen, um dies zu heilen. Der Fakt aber bleibt, dass Halle als Oberzentrum wichtige Aufgaben für das Umland und den ganzen Süden des Landes zu erfüllen hat. Notwendige Eingemeindungen und eine bessere Abstimmung in Planungsfragen bleiben damit dringlich zu lösende Aufgaben für die Landespolitik.